



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/238 - 17. Oktober 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 83881 - 33  
Fernschreiber 0886890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Vor dem Bruch mit Belgrad?	S. 1
Niemand will die Regierung Zoli stürzen	S. 2
Herr Berendsen und der "Betriebschutz"	S. 4
Flüchtlinge weiter in Massenquartieren	S. 6
Anhang: Kommuniqué von der Sitzung des Partei Vorstandes der SPD in Berlin am 16.10.1957	

## Hasardspiel

sp- So lange der Bundeskanzler in Berlin war, scheint er sich, dem Berliner Klima anpassend, gesagt zu haben, dass ein übereilter Schritt oder eine dramatische Reaktion als Antwort auf die Anerkennung der sogenannten DDR durch Jugoslawien die Position der Bundesrepublik nicht verbessern würde. Bundestagspräsident Gerstermaier und andere prominente CDU-Abgeordnete haben in Berlin den Kanzler in dieser Meinung bestärkt. Dr. Adenauers plötzlicher Abflug aus Berlin, kaum dass er seine Stimme zur Wahl des Bundestagspräsidenten abgegeben hatte, scheint aber eine plötzliche Sinnesänderung bei diesem Manne herbeigeführt zu haben. Der Kanzler hatte seinen Fuß eben auf Bonner Boden gesetzt, da verdichteten sich schon die Gerüchte, die Bundesregierung werde in der jugoslawischen Angelegenheit "hart zuschlagen". Im linksrheinischen Bonner Klima fühlt sich der Bundeskanzler offenbar wohler als in der klaren Luft Berlins...

Eine Gruppe von CDU-Politikern, bar jeder politischen Einsicht, drängt auf den Bruch mit Belgrad. Welche Motive mögen diese Gruppe veranlassen, einen solchen Schritt zu fordern? Ist es nur der Wunsch des Bundeskanzlers, oder machen sich hier auch andere Einflüsse bemerkbar?

Es ist kein Geheimnis: Es gibt, besonders nach der Wahl vom 15. September, mächtige Strömungen im Regierungslager, die eine "konsequent harte Ostpolitik" befürworten. Aus den verschiedensten Gründen; aus ideologischen und militärischen. Diese Kreise glauben nicht - 1a-

an die Möglichkeit einer Entspannung zwischen Ost und West und bleiben dabei, dass man den gesamten Komplex der Ostpolitik nur vor dem Hintergrund militärischer Machtentfaltung behandeln könne. Sie erwarten vielleicht auch eine Unterstützung durch ihnen im Geist verwandte Gruppen in der amerikanischen Politik.

Einsichtige Männer im Lager der Regierungsparteien warnen vor diesem verhängnisvollen Kurs. Sie sind der Meinung, dass die Motive für den Schritt Titos noch keineswegs durchschaubar sind und wollen Zeit gewinnen, um sich Klarheit zu verschaffen. Die durch den Tod des Botschafters Dr. Pfeleiderer verwaiste diplomatische Vertretung der Bundesrepublik in Belgrad kompliziert natürlich dieses Bemühen. Es gibt wahrscheinlich wenige deutsche Diplomaten, die wie Pfeleiderer das volle Vertrauen der jugoslawischen Regierung besitzen und in der Lage waren, auf dem schwierigen Boden Belgrads wahr zu erfahren, als bisher aus den trockenen Kommunikatés und Zeitungsnachrichten zu erfahren war.

Das gefährlichste in der Diplomatie ist die Schwarz-weiße-Malerei, von der sich wieder einmal die Bonner Regierung nicht abwenden kann. Die Bonner Feststellung, Tito sei nun mit fliegenden Fahnen in das Moskauer Lager übergegangen, ist zu einfach, als dass man darauf eine für das deutsche Volk zweckmäßige Ostpolitik aufbauen könnte. Sie klingt zwar gut in den Ohren derjenigen, die keinen Sinn für Schattierungen in der Politik haben, berücksichtigt aber zu wenig bestimmte Realitäten.

Eine dieser Realitäten ist der von keiner Seite bestrittene Versuch Titos, das Dreieck Belgrad-Warschau-Prag stärker als bisher in der Ostpolitik ins Spiel zu bringen, ohne dabei seine bisherige Mittlerposition zwischen Ost und West aufzugeben. Das Verkennen zum Beispiel derartiger Realitäten führt zu tragischen Fehlentscheidungen, die den deutschen Volk in seiner Gesamtheit teuer zu stehen kommen können.

Noch ist nichts Unwiderrufliches geschehen. Wenn aber die Bundesregierung das Hasaréspiel des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zu Belgrad spielen will, muss sie sich darüber im klaren sein, dass sie damit Gefahr läuft, die Bundesrepublik noch stärker als bisher weltpolitisch zu isolieren. Die westlichen Alliierten sind jedenfalls nicht geneigt, hier mit Bonn gleichzuziehen, obwohl es einige westliche Politiker geben mag, die aus Gründen ihrer allgegenwärtigen bekannten Reserve gegenüber der Wiedervereinigung Deutschlands diesen Bruch nicht ungern sehen würden.

\* \* \*

Politische Flaute im Schatten der Wahlen

P.E. Rom, Mitte Oktober

Als die italienische Deputiertenkammer dieser Tage über den Haushalt des Innenministeriums abstimmen sollte - welche Debatte in der Regel zu scharfen Zusammenstößen zwischen den politischen Gegnern zu führen pflegt -, sahen viele Beobachter bei diesem Anlass den Sturz der christlich-demokratischen Minderheitsregierung Zoli voraus. Denn von den kleineren Rechtsparteien, die dieser Regierung seinerzeit das Vertrauen ausgesprochen hatten, waren mittlerweile die Neofaschisten und die Lauro-Monarchisten zur Opposition übergegangen, und die Fraktion der Covelli-Monarchisten allein hätte - auf dem Papier - keineswegs ausgereicht, um der Regierung die erforderliche Mehrheit zu verschaffen.

Trotz dieser kritischen Situation reiste Ministerpräsident Zoli wenige Stunden vor der entscheidenden Abstimmung in seine heimatliche Toskana, um dort an einer Theatervorstellung teilzunehmen. Bei seiner Rückkehr nach Rom aber erklärte er den Journalisten:

"Gewiss, die Regierung war in Gefahr, aber ich persönlich hätte ja doch nichts an den Dingen ändern können. Also sah ich keinen Anlass, einer bereits angenommenen Einladung nicht Folge zu leisten." Und dann fügte der Ministerpräsident einen Satz hinzu, der erkennen liess, mit welcher Sicherheit er die Situation im Grunde beurteilt: "In übrigen", sagte er nämlich, "erklären immer alle, sie seien gegen die Regierung. Aber im entscheidenden Augenblick haben dann doch alle Angst, die Regierung zu stürzen."

Dieses kühle Urteil des Regierungschefs über seine Gegner hat sich zumindest in diesem Falle als durchaus zutreffend erwiesen. Als es nämlich zu der Abstimmung über den Vorschlag des Innenministeriums kam, die "eigentlich" zum Sturz der Regierung hätte führen müssen, ergab es sich, dass plötzlich auffallend viele Abgeordnete der regierungsfeindlichen Parteien "krank" oder aus anderen Gründen nicht im Saale waren, so dass das Budget mit einer allerdings knappen Mehrheit genehmigt wurde.

Es ist eben tatsächlich so, dass heute kaum eine politische Partei Italiens ein ernsthaftes Interesse daran hat, die Regierung zu stürzen. Im Frühling des kommenden Jahres finden die Parlamentsneuwahlen statt.

Eine Regierungskrise im jetzigen Augenblick aber würde höchstwahrscheinlich dazu führen, dass der Staatspräsident das Parlament sofort auflöst und die Neuwahlen noch um ein paar Monate vorverlegt. Von dieser Aussicht aber ist niemand begeistert, denn sämtliche Parteien brauchen die noch verbleibende Zeit bis zum Frühjahr dringend für die Vorbereitung ihrer Wahlpropaganda. So sind im Grunde auch die Oppositionsparteien ganz froh darüber, dass der Christliche Demokrat Adone Zoli mit seiner Minderheitsregierung schlecht und recht weitermacht, bis aus dem neugewählten Parlament eine arbeitsfähige Regierung hervorgehen kann.

Man wird also für die kommenden Monate voraussichtlich mit wenig politischen Stürmen zu rechnen haben, es sei denn, dass unvorhergesehene aussen- oder innenpolitische Ereignisse solche dennoch auslösen sollten. Das Parlament ist bis Ende Oktober vollauf damit beschäftigt, die Voranschläge der verschiedenen Ministerien zu prüfen und zu genehmigen, denn das gesamte Budget muss nach den gesetzlichen Bestimmungen bis zu diesem Zeitpunkt unter Dach gebracht sein.

Dann freilich soll das heikle Thema der "Agrarpakte" auf die Tagesordnung der Kammer gesetzt werden; wenigstens hat Zoli dies der Linksoption ausdrücklich zugesagt. Niemand aber rechnet ernsthaft damit, dass dieses sehr umfangreiche und vielumstrittene Gesetz tatsächlich noch in der gegenwärtigen Legislatur verabschiedet werden könnte. Überhaupt werden alle parlamentarischen Beratungen nach Beendigung der Budgetdebatte im vorhinein den Stempel der Zwecklosigkeit tragen, denn jedes Gesetz, das im Zeitpunkt der Kammerrücklösung erst von einem der beiden Häuser beschlossen worden ist, muss nach den bestehenden Bestimmungen von dem neugewählten Parlament völlig neu in beiden Häusern durchberaten werden. Dass es aber möglich sein werde, in den noch verbleibenden wenigen Monaten irgendeine gesetzgeberische Massregel von einiger Wichtigkeit in beiden Kammern zur Annahme zu bringen, erscheint bei dem langsamen Gang der italienischen Legislaturmaschine mehr als unwahrscheinlich.

Man rechnet also in politischen Kreisen allgemein damit, dass die Regierung Zoli nach Verabschiedung des Budgets die ihr noch verbleibende Zeit bis zur Neuwahl des Parlaments mit einem mehr oder weniger verschleierte "Wassertreten" vererringen wird und dass auch die Oppositionsparteien sie dabei nicht allzusehr stören dürften.

### "Schwarze Listen" im Betrieb

K.H. Der Verteidigungsausschuss des Bundestages konnte sich nicht entschliessen, die gegen den CDU-Abgeordneten Fritz Berendsen, der auch Prokurist der Firma Klöckner & Co. ist, - ein Schwesterbetrieb der Firma Klöckner-Humboldt-Deutz, die ins Rüstungsgeschäft eingeschaltet wurde - erhobenen Vorwürfe, er habe seine Stellung "für Rüstungsaufträge zu Gunsten einer Firma" missbraucht, als "nicht bewiesen" zu bezeichnen.

Herr Berendsen beschäftigt sich aber nicht nur als Prokurist einer mit der Rüstungsproduktion gekoppelten Firma und als Mitglied des Verteidigungsausschusses mit den Rüstungen. Unter seiner Leitung entstand auch die ebenso ominöse wie problematische "Beratungsstelle für Betriebsschutz des Bundesverbandes der Deutschen Industrie" (BFB). Die Aufgaben dieser Privatarmee der deutschen Wirtschaft entnehmen wir einem als streng vertraulich bezeichneten Bericht des "Bundesverbandes der Deutschen Industrie" vom 20. März 1956:

- a) vorsorglicher Schutz gegen Spionage, Sabotage oder sonstige, den Bestand, die Produktion und Sicherheit gefährdende Eingriffe,
- b) Zusammenarbeit mit den für die Wahrung der öffentlichen Sicherheit zuständigen Behördenorganen,

Der Arbeitsbereich der BFB erstreckt sich auf:

- a) sämtliche gefährdet erscheinende Betriebe der deutschen Industrie,
- b) die Sicherung nach räumlichen, sachlichen und personellen Gesichtspunkten gegenüber Spionage und Sabotage,
- c) die Bildung von Betriebsschutzorganen zur Durchführung der Aufgaben,
- d) den Erfahrungsaustausch,
- e) die Verschaffung von Erkenntnissen über ordnungsfremdliche Personen und Organisationen, Arbeitsmethoden und Ziele,
- f) die ständige Verbindung zu den örtlichen Sicherheitsorganen.

Dem "Ratgeber zur Durchführung vorsorglicher Massnahmen zur Abwehr von Sabotage, Spionage in den Betrieben der Privatwirtschaft" entnehmen wir den Kapitel "Arbeitsweise" folgenden Satz:

"Der Begriff der Sabotage erscheint im deutschen Strafrecht nicht unter dieser Bezeichnung. Er ist aber für Fälle der vorsätzlichen Beschädigung geläufig."

In einer Sonderanweisung "Sabotage" heisst es zu verschiedenen Sabotagearten:

"Hierzu gehören absichtlich langsames oder fehlerhaftes Arbeiten, Unpünktlichkeit, Fernbleiben von der Arbeitsstätte, Vortäuschen von Erkrankungen, Selbstverletzungen, Ungehorsam gegen betriebliche Vorgesetzte, Arbeitsverweigerung, Niesmacherei, absichtliche Beunruhigung der Belegschaft durch Flüsterpropaganda, -5-

27. Oktober 1957

Gerüchtenachred, Aufwiegelung, Aufforderung zum illegalen Streik..."

Wenn man sich vergegenwärtigt, wie bewusst unklar und verschwommen die Satzungen dieser mit viel Geld aufgebauten Organisation sind, und wenn man des weiteren in Betracht zieht, wie auslegbar der Begriff der Sabotage in der oben zitierten Sonderanweisung definiert wird, so ist es sehr wohl zu verstehen, dass man von gewerkschaftlicher Seite dieser Beratungsstelle ablehnend gegenübersteht, denn die nach dem Muster der amerikanischen Pinkertons im Halbdunkel wirkende Vereinigung verfügt über alle Voraussetzungen, um gegebenenfalls gegen die Gewerkschaften und deren Aktionen eingesetzt zu werden.

Vom gewerkschaftspolitischen Gesichtspunkt aus betrachtet wird diese private Geheimpolizei auch nicht dadurch attraktiver, dass sich sowohl in der Hauptgeschäftsführung als in den einzelnen Filialleitungen Persönlichkeiten befinden, die im Dritten Reich in Abwehr-Institutionen und auch im Reichsarbeitersicherheits-Hauptamt tätig waren.

Ein in Hannover erscheinender gewerkschaftlicher Informationsdienst beschäftigte sich vor einiger Zeit mit dem "Aufbau eines weitverzweigten Netzes von undurchsichtigen Betriebsschutzformationen" und schrieb darüber u.a.:

"Solche Einrichtungen sind umso verdächtiger, wenn sie hinter dem Rücken der Gewerkschaften aufgebaut werden unter Leitung von Leuten, die lediglich auf militärische Erfahrungen zurückblicken oder nur eine "Überwachungsstätigkeit" im Dritten Reich als Kapital mit ins Geschäft bringen. Demokratische Erprobung und Festigkeit scheint bisher nicht sehr gefragt. ..."

Unter dem Titel "Betriebsespione auf der Schwarzen Liste - Die westdeutsche Industrie will sich gegen kommunistische Spitzel sichern" berichtete eine Süddeutsche Zeitung von "Zwei ehemaligen Abwehr-offizieren", die:

"im Auftrage des Bundesverbandes der deutschen Industrie eine Schwarze Liste zusammenstellen, in der alle Dunkelkammer aufgeführt werden, die in den letzten Jahren in den Verdacht der Betriebsespionage kamen. Diese Liste soll die Industrie vor Betriebsespionage schützen..."

Zahlreiche grössere Werke haben bereits einen eigenen Sicherheitsapparat aufgebaut, wobei viele auch ehemalige Abwehr-offiziere der Wehrmacht ein neues Betätigungsfeld fanden..."

Unbestreitbar ist das Recht und die Pflicht eines jeden Unternehmers, sich vor Betriebsespionage zu schützen. Wir waren es aber zu bezweifeln, dass dies durch die Aufstellung von halbfaschistischen Betriebsmilizen oder Werkschutzseinheiten geschehen kann. Seien wir einen Augenblick optimistisch und nehmen wir an, dass die ehemaligen "Abwehr-offiziere der Wehrmacht", die hier ein "neues Betätigungsfeld fanden", und dass die von "Stahlhelm" und ähnlichen rechtseradikalen Gruppen geförderten Betriebsformationen sich heute tatsächlich nur mit der Erforschung und Verhinderung kommunistischer Betriebsespionage und Sabotage beschäftigen. Welche Rolle aber werden diese Gruppen und Personen dann in den Betrieben spielen, wenn z.B. morgen ein den Unternehmer besonders unangenehmer Streik ausbricht und wenn es etwa gilt, die "Rädelsführer" in den einzelnen Werkstätten festzustellen, oder wenn gefordert wird, Schwarze Listen der in den Betrieben besonders aktiver Gewerkschaftsfunktionäre anzufertigen?

### Flüchtlingsköpfe 35c Mark teurer?

K.J. Es las sich gut, was jetzt in den Zeitungen stand: der Wohnungsbaubau für Flüchtlinge werde verbessert, die Bundesregierung gäbe mehr Geld, die Länder hätten den Vorschlag Bonn's, sich mit 50 Prozent an den Herstellungskosten der Flüchtlingswohnungen zu beteiligen, anzunehmen. Ist damit alles in Ordnung? Kommen die rund 700 000 Sowjet-Lonenflüchtlinge, die heute in Massen- und Notunterkünften leben müssen, endlich und kurzfristig zu einem richtigen Zuhause? Leider nicht. Die Bundesregierung will nur die "Kopfquote" für jeden Flüchtling von 2 000 DM auf 2 350 DM aufstocken. Sie hat diese Empfehlung den in Berlin versammelten Flüchtlingsministern der Länder gemacht - entschieden ist nichts.

Die mit dem Aufbau befassten Länderministerien werden am 23. und 24. Oktober auf einer Zusammenkunft in Freiburg erst zu untersuchen haben, ob sich mit der "Empfehlung" etwas anstellen lässt. Vor allem zählt noch die Zustimmung des Bundesfinanzministers. Ob sie kommt? Wenn nicht, dann würden mit der "elastischeren Regelung", mit der erhöhten "Kopfquote", anstelle von 51 250 Wohnungen nur 43 617 gebaut werden können. So wäre einzig und allein er nicht, dass die eingefrorenen 600 Millionen Bundesanteil am Flüchtlingswohnungsbau aufgetaut würden.

Noch ist gar nichts besser !

600 MillionenDM liegen brack...

Der Bundesregierung geht es offenbar vorerst nur darum, die unbrauchbaren Gelder wieder flüssig zu machen. Für den einfachen Mann ist das eine tolle Sache: da liegen nun 600 Millionen für den Wohnungsbau da, und man kann mit ihnen nichts anfangen. Nicht einen Ziegelstein kann man mit dem "Eingefrorenen" kaufen... Warum ist das so?

Wie der Wohnraum für eine Flüchtlingsfamilie auszusuchen ist, ist gesetzlich vorgeschrieben. 1954 kostete eine Wohnung noch 13 000 DM - nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes kostet sie heute 17 000 bis 18 000 DM, die Grösse von etwa 60 Quadratmeter zugrundegelegt. Aber das sind nur die reinen Baukosten. Damals wie heute hängen sich weitere 3 000 bis 5 000 DM an: der Bauunternehmer muss den Boden kaufen, den Anschluss an die Kanalisation bezahlen, die Strassenanliegerkosten tragen und noch so manches mehr. In günstigen Fällen kostet also heute eine Wohnungseinheit runde 20 000 DM. Nach der bisherigen "Bundes-Kopfquote" bekommt eine vierköpfige Flüchtlingsfamilie 8 000 DM vom Staat "geschenkt", rund 3 000 geben die Länder dazu. Das sind nach Adam Riese dann 11 000 DM. Und wo kommen die restlichen 9 000 DM her?

Der Bauherr muss sie selber aufbringen, er muss den freien Kapitalmarkt bemühen. Etwas leichter hat er es, wenn der Flüchtling nicht "billess Notaufgenommener" nach dem Bundesnotaufnahmegesetz ist, sondern nach dem Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz wegen seiner "besonderen Zwangslage" auch C-Ausweissträger und damit Ansprüche nach

dem Härtefonds des Lastenausgleichsgesetzes stellen kann: solcher Glücksfall bringt dann noch einmal 3 000 DM an LAG-Kredit und dem rechten politischen Flüchtling die Chance, vielleicht ein Jahr weniger im Massenlager zu kampieren als die anderen. So stellt sich, zur in ganz groben Strichen skizziert, die Situation dar. Wie schrecklich verhält sie im Einzelfall sein kann, lässt sich hier aus Platzgründen nicht einmal andeuten.

#### Zu geringer Bundesanteil

Kurz: Mit dem Bundesanteil an Flüchtlingswohnungsbaun lässt sich nichts mehr anfangen. Die Kapitalgeber oder Bauherren können nicht - die Kapitalstarken wollen nicht, suchen sich andere, lohnendere Objekte, die nötigen Einnahmen an Richtpreismieten locken sie nicht. Die Länder erörtern sich bislang ausserstande, ihre Zuschussmittel zu erhöhen, mit Recht verweisen sie darauf, dass der Bund Träger der Kriegsfolgenlasten ist. In Ergebnis frozen so bereits bewilligte Mittel ein und die Lager werden statt leerer immer voller.

Die Bundesregierung will nun jeden "Flüchtlingskopf" mit 350 DM immer dotieren. Großzügig gestattet sie den Ländern endlich, von der Bundesmitteln "Unterkünfte zu errichten, die zwar in ihrem Grundriss und in ihrer Unterteilung dem sozialen Wohnungsbau entsprechen, vorübergehend aber doppelt belegt werden müssen." Vorübergehend? Bei dem nicht vorliegenden Strom an Flüchtlingen aus der Zone werden die "Provisorien" wohl bis zum Sankt-Nimmerleinstag bestehen bleiben - wenn die Regierung nicht mehr Geld hergeben will. Die Länder und der Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge haben sich die Zunge aus dem Hals geredet, dass die "Kopfquoten" wenigstens um 1 000 DM erhöht werden und haben sich immer wieder entsprechende Anträge gestellt. Der Bundesregierung aber werden die Flüchtlingsköpfe nur um 350 DM teurer... Wenn der Finanzminister zustimmt, und auch das ist wohl nicht einmal sicher.

#### 380 000 Kinder leben in Notunterkünften

Sie leben menschenunwürdig, die 700 000 Sowjetzonenflüchtlinge, in Massenlager, in der Notunterkunft, im Bunker, im Tunnel der Dorfkapelle der durch Pappwände erwinzige Kabinen unterteilt ist - unten und oben. Diese Zahl ist erschütternd: 63,2 Prozent der Wohnlagerinsassen sind Kinder unter 14 Jahren. Das würde 1955 von Statistischem Bundesamt festgestellt - seitdem fehlen dazu Angaben. Man weist aber auch so, dass es nicht besser geworden ist: schon voriges Jahr lag die sogenannte Fluchtkennzahl - der monatliche Durchschnitt der Neuaufnahme - bei 23 000. Am 31. Dezember 1956 lebten nach einer Statistik des Gesamtverbands der Sowjetzonenflüchtlinge 380 000 Kinder unter 14 Jahren in Massen- und Notunterkünften. Der durchschnittliche Lageraufenthalt beträgt fünf Jahre!

Wie der Kampf zwischen Bund und Ländern, zwischen "Empfehlungen" und Möglichkeiten auch immer ausgehen mag; auch mit der Augenwischerei von 350 Mark mehr Bundesanteil würde das Lagerolend nicht beseitigt. Doppelt belegte "Zwischenunterkünfte" können die Situation bessern und den Ländern die ärgsten Sorgen nehmen. Aber nennt man nicht auch die Fruchtsäulen der Bonner Ministerien augenzwinkernd ein "Provisorium"? \*\*\*

----- Verantwortlich: Günter Marxscheffel

Kommuniqué vor der Sitzung des Parteivorstandes der SPD  
in Berlin am 16.10. 1957

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der am 16. Oktober 1957 unter dem Vorsitz von Erich Ollenhauer im Schöneberger Rathaus zu Westberlin tagte, beschloss nach einer Diskussion über den an mehrere europäische sozialistische Parteien gerichteten Brief des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Chruschtschow, die Beantwortung dieses Schreibens in Zusammenarbeit mit den übrigen Empfängern des Chruschtschow-Briefes zu prüfen. In Kürze wird in Strassburg eine Sitzung von Vertretern dieser sozialistischen Parteien stattfinden.

Der Parteivorstand bestätigte einstimmig die am 15. Oktober erfolgte Stellungnahme des SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen Jugoslawiens mit der sogenannten DDR. Auch der Parteivorstand brachte zum Ausdruck, dass die jetzt entstandene Situation unter anderem auf den Mangel einer aktiven Ostpolitik der Bundesregierung zurückzuführen sei. Der Parteivorstand warnt die Bundesregierung vor einer Dramatisierung und fordert sie auf, ihre bisherige Politik zu den osteuropäischen Staaten einer Überprüfung zu unterziehen.

Der neu gewählte Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, begrüsst den Vorstand der SPD und wies hierbei auf die bekannteren Schwierigkeiten der früheren Reichshauptstadt hin. Berlin stehe nach wie vor in vorderster Front der Freiheit in Europa. Aus dieser Position ergeben sich für diese Stadt wirtschaftliche und politische Aufgaben von besonderer Bedeutung. Der Parteivorsitzende Erich Ollenhauer übermittelte Willy Brandt die Glückwünsche der Gesamt-Partei zu seiner Wahl und erklärte hierbei, die SPD werde wie bisher Berlin und die Anliegen der mutigen Bevölkerung dieser Stadt in der allgemeinen Politik sowie in der Parlamentsarbeit nach Kräften unterstützen.

Zu den von der Sowjetzonen-Regierung vor kurzem durchgeführten Währungsunterschied erklärte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, dass hierdurch für die Bevölkerung der Zone eine neue Erschwerung der Lebensbedingungen eingetreten sei. Mit dieser Aktion haben die Pankower Machthaber erneut bewiesen, dass sie nicht in der Lage sind, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Konsumgütern zu sichern. Durch finanzpolitische Manipulationen versuche das kommunistische Regime, die Folgen seiner bankrotten Wirtschaftspolitik auf das Volk abzuwälzen.

Der Parteivorstand nahm Berichte über die Vorbereitung des Wahlkampfes zu den Bürgerschaftswahlen in Hamburg von den Vorsitzenden der Landesorganisationen der Hamburger SPD Wittlinghoff, Max Brauer und MdB Herbert Wehner entgegen.

Über den Termin der nächsten Parteitagung wird in der Sitzung des Parteivorstandes am 20.10.1957 entschieden.